

**Einführungs- und Begrüßungsworte am 15.09.2004  
von Annelie Lohs, stellvertretende Vorsitzende der BAG:WfbM**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste aus der Europäischen Union, liebe Kolleginnen und Kollegen,  
genau genommen hätte ich meine Anrede auf die kurze Formel beschränken können:  
“Liebe Gäste aus der Europäischen Union!“

Denn Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union sind wir alle, gleichgültig, aus welchem Land wir angereist sind - aus dem Vereinigten Königreich von Großbritannien oder aus Baden-Württemberg, aus Ungarn oder aus Niedersachsen, aus den Benelux-Ländern oder aus Bayern oder aus den anderen EU-Staaten und den übrigen Bundesländern.

Für unsere Bundesarbeitsgemeinschaft, ganz besonders herzlich im Namen unseres Vorsitzenden - Günter Mosen, begrüße ich Sie in Erfurt, der Landeshauptstadt von Thüringen.

Damit habe ich schon drei Besonderheiten erwähnt, die Sie sich in den kommenden Tagen und wahrscheinlich Ihr Leben lang immer wieder vor Augen führen werden:

**Erstens:**

Wir haben die deutsche Teilung überwunden. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein neuer Staat mit 16 Bundesländern. Die Trennung in zwei deutsche Staaten ist auf dem Wege einer friedlichen Revolution aufgehoben worden. Die das vor etwas mehr als zehn Jahren geschafft haben, sind heute die Gastgeber dieses Werkstätten:Tages - Frauen und Männer aus Berlin, aus Brandenburg, aus Mecklenburg-Vorpommern, aus Sachsen, aus Sachsen-Anhalt und aus meinem schönen Bundesland Thüringen. Wir sind glücklich, in dieser neuen Bundesrepublik zu leben.

**Zweitens:**

Wir haben die europäische Zersplitterung überwunden. Die Europäische Union ist nicht mehr nur eine Gemeinschaft der wirtschaftlich Mächtigen, ein riesiger Markt zum Geldverdienen. Europa kommt sich näher, stellt wieder das Verbindende in den Vordergrund und schafft sich eine staatliche Identität. Was vor vierzig Jahren im Westen begann, trägt die wunderschöne deutsche Bezeichnung „Aussöhnung“. Das dafür verwendete englische Wort „reconciliation“ gibt nicht annähernd wieder, um was es geht: die gleichberechtigte Teilhabe und freundschaftliche Einbeziehung unseres deutschen Volkes in die Völkergemeinschaft Europas und der Welt. Unser Reisepaß weist uns als Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union aus. Wir sind froh, in dieser Zeit zu leben.

**Drittens:**

Wir haben die Trennung in verfeindete Blöcke überwunden, in denen sich Menschen als Kalte Krieger jahrzehntelang waffenstarr gegenüber gestanden haben. Die ihre soziale Sicherung und sogar ihr Leben dafür eingesetzt haben, sind heute unsere Gäste aus Polen und Ungarn.

Erlauben Sie mir deshalb, Ihnen ganz am Anfang meiner Begrüßung Gäste vorzustellen, denen wir Deutsche und Werkstattfachleute viel zu verdanken haben, weil sie sich zeitlebens unbeirrt für die Schaffung einer europäischen Gemeinschaft aller Menschen eingesetzt haben, ohne nach den körperlichen, mentalen, kognitiven oder psychischen Besonderheiten zu sortieren. Sie haben - allen Leiden und Entbehrungen zum Trotz, die ihnen Deutsche während und selbst noch nach der Nazi-Zeit angetan haben, immer das eine Ziel verfolgt - Aussöhnung der Völker, Einbeziehung aller Menschen in eine europäische Gemeinschaft: Ich begrüße ganz herzlich unseren Kollegen Tadeusz Nowakowski aus der Republik Polen und

unsere Kollegen Francois Kuentz und Jean Sancho aus der Republik Frankreich.

Wir danken Ihnen, liebe Kollegen, dass Sie nicht nur unsere Gäste sind, sondern mit uns gemeinsam auf der morgigen Europakonferenz nach Wegen suchen wollen, damit unsere Europäische Union und jeder Mitgliedsstaat

- mehr werden als ein gewaltiger Binnenmarkt,
- mehr werden als ein enormes Reservoir an unterschiedlich teuren Arbeitskräften für die global agierende Erwerbswirtschaft,
- mehr werden als eine riesige Urlaubsregion mit einheitlicher Währung für die, die es sich noch leisten können.

Für alle unsere Gäste und Teilnehmer aus den europäischen Nachbarstaaten begrüße ich den Präsidenten der Europäischen Vereinigung der Dienstleistungsanbieter für Menschen mit Behinderungen, Luk Zelderloo aus Brüssel und den Vizepräsidenten, Franz Wolfmayr aus Österreich.

Bitte, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben Sie ein wenig Verständnis dafür, dass wir heute und am Freitag ein bisschen halblaut übersetzen werden. Das wird die vorderen Reihen deutschsprachiger Teilnehmer und Gäste ein wenig stören. Dafür erhöhen wir das Verständnis bei unseren europäischen Teilnehmern.

Und ein zweites: Heute und am Freitag werden unsere Gäste aus den Nachbarländern diese Kongresshalle jeweils vor dem offiziellen Tagungsende verlassen. Das ist keine Flucht vor der deutschen Wirklichkeit, sondern das genaue Gegenteil:

Es ist der gemeinsame Weg zu zwei zusätzlichen Programmpunkten - zu einer Werkstattbesichtigung heute und einer Fahrt zu einem zentralen Punkt deutscher Reformationsgeschichte.

Alle anderen unter uns bitte ich, dem Sog, der einem solchen kollektiven Auszug immer folgt, nicht nachzugeben, sondern bis zum jeweils guten Ende bei uns zu verweilen.

Verehrte Anwesende,

ich werde Ihnen aus Zeitgründen nicht alle unsere Gäste nennen können und habe deshalb einen etwas anderen Weg gewählt, weil es die Technik möglich macht: Sie alle, verehrte Kolleginnen und Kollegen aus den vielen Teilen Europas, sind uns ganz herzlich willkommen. Jeder von Ihnen findet seinen Namen in der schriftlichen Gästeliste - oder - wenn Sie sich erst recht spät zur Teilnahme entschlossen hatten - auf unserem Gruß- und Willkommensband, das Ihre Namen auf der Leinwand präsentiert.

Für den Schirmherren unseres Werkstätten:Tages begrüße ich den Staatsminister des Thüringischen Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit, Herrn Dr. Klaus Zeh.

Es ist ihre zweite Amtszeit, in der Sie für uns und mit uns Politik auf Landesebene gestalten und den Menschen eine sichere Zukunft aufbauen wollen. Dafür, Herr Dr. Zeh, wünschen wir Ihnen und uns viel Erfolg. Sie brauchen für die kommenden Aufgaben nicht nur Ihre gesamte Kraft und die Ihrer Fachleute im Ministerium, sondern auch die Zustimmung und Unterstützung der Bevölkerung. Als in der DDR Aufgewachsene weiß ich mich einig mit ungezählten Bürgerinnen und Bürgern in den neu hinzugekommenen Bundesländern, dass

Sozialpolitik kein Reste-Eintopf, keine „Soljanka“ mit ein bisschen Sahne obendrauf sein darf. Deshalb habe ich mich sehr gefreut, in der Presseerklärung „unseres“ Sozialministers vom 10. September die persönliche Aussage zu lesen:

“Tatsächliche Teilhabe, Integration und Chancengleichheit für Menschen mit Behinderung bedürfen des Zusammenwirkens aller. Jeder einzelne von uns ist hier in seinen individuellen Lebensbezügen aufgefordert, diese Grundsätze zu praktizieren und im Sinne christlicher Nächstenliebe Mitmenschlichkeit zu zeigen.“ Das Volk nimmt Politikerworte ernst und legt sie auf die Goldwaage, sehr verehrter Herr Dr. Zeh. Ich mache das auch. Darum ist ein Satz wie ? „Wir werden auch alle Sozialleistungen auf den Prüfstand stellen müssen“ ? für mich genau so gemeint: prüfen, nicht streichen. Und wenn es „auch“ um Sozialleistungen und eben nicht nur um solche geht, dann hoffe ich, dass unserem Sozialstaat verantwortliche Politiker Einspar- und Kürzungsmöglichkeiten erst an anderer Stelle suchen, als gerade bei den Sozialleistungen. Denn die sind kein Teil des oft zitierten „Besitzstandes“, sondern Teil sozialer Hilfen und des Nachteilsausgleiches.

Wir haben an alle unsere Politikerinnen und Politiker, aber auch an die in der politischen Administration Tätigen, den Anspruch, dass sie ihr Handeln an Grundsätzen ausrichten und sich daran messen lassen; die wichtigsten davon sind rasch gesagt:

- Sicherung eines menschenwürdigen Lebens in Freiheit für alle auf dem bestmöglichen Niveau;
- Einstehen für Gerechtigkeit und damit für staatlichen Beistand,
- gesetzlicher Nachteilsausgleich und soziale Einbeziehung aller Menschen in unserem Land, denen die Teilhabe am gemeinsamen Leben aus eigener Kraft nicht oder nur unzureichend möglich ist;
- Durchsetzung der Gleichberechtigung aller Menschen auf die heute einzig mögliche humanistische Weise: nicht durch Gleichmacherei, sondern durch Achtung einer jeden Persönlichkeit, durch Anerkennung der Unterschiede und durch Beachtung des Grundsatzes, dass die schwereren Lasten von den stärkeren Schultern getragen werden müssen.

In Thüringen ist es gelungen, ein Vorbild zu geben und Maßstäbe zu setzen. Dieses Ergebnis macht uns zufrieden und alles andere als hochmütig. Wir sehen es als unsere Verpflichtung an, dieses Niveau weiter zu entwickeln, Rat und Tat an unsere Nachbarn und unsere Nächsten weiterzugeben.

Damit habe ich zugleich alle politischen Gäste unseres Kongresses angesprochen, voran den Oberbürgermeister unserer Stadt, Herrn Manfred Ruge.

Erfurt galt seit dem 15. Jahrhundert als deutsche Hochburg des Humanismus in Europa - gemeinsam mit Wien, Basel und Straßburg, an der Seite von Nürnberg, Augsburg und Heidelberg. Unsere Stadt zog die Humanisten aus ganz Europa an. Wir möchten diesen guten Ruf wieder erringen und der Welt unseren Dienst erweisen.

Unsere Stadt war auch ein Zentrum sozialdemokratischen Wirkens. Sie hat dem Erfurter Programm von August Bebel den Namen geliehen und beherbergte in der besonders kriegslüsternden Zeit des 1. Weltkriegs zahlreiche deutsche Pazifisten und entschiedene Verfechter sozialer Gerechtigkeit.

Damit wende ich mich an unsere Gäste aus der Bundesregierung,

an den Staatssekretär, Herrn Heinrich Tiemann und den zuständigen Abteilungsleiter, Herrn Rainer Wilmerstadt vom Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung.

Ich heiße Sie ganz herzlich in unserer Mitte willkommen. Wir nutzen die Gelegenheit, Ihnen und der Bundesregierung für Ihren Mut zu danken, vor drei Jahren gemeinsam mit vielen tausend engagierten Demokraten ein Sozialgesetzbuch zu schaffen, das einen bislang einmaligen politischen Rang in der deutschen Sozialgesetzgebung einnimmt. Selbst die oft gerühmten Bismarck'schen Sozialgesetze treten dahinter zurück. Sie entstanden als politische Gegenwehr zur Sozialdemokratie und waren ein Instrument gegen die Verelendung der Massen mitten im neu entstehenden industriellen Reichtum einiger weniger. Bismarck hat sie nicht einmal in seinen „Erinnerungen“ erwähnt.

Das SGB IX, um das wir gemeinsam gerungen haben, ist ein Emanzipationsinstrument, solange es nicht mit dem haushalts- und finanzpolitischen Vorschlaghammer stumpf gemacht wird. Wir bitten Sie, es mit uns zu sichern und zu entwickeln.

Wir teilen ganz und gar nicht die Auffassung, von der sich Berlin noch rechtzeitig getrennt hatte und die sich jetzt in München breitmacht, dass die staatliche soziale Verantwortung und Leistungsbereitschaft von der Lage der öffentlichen Haushalte abhängig gemacht werden soll. Der Sozialstaat ist nicht der klägliche Rest, der fiskalisch übrig bleibt, nach dem alle anderen Interessen bedient worden sind. Er ist im Gegenteil die Voraussetzung dafür, dass die Bevölkerung in Freiheit, sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit leben kann. Darum steht er auf unserer Agenda, die keine befristende Jahreszahl kennt, ganz oben.

Ich weiß, dass viele unserer politischen Gäste so denken, auch Persönlichkeiten, mit denen wir seit Jahrzehnten zusammenarbeiten und mit denen wir uns ebenso lange ständig auseinandersetzen müssen.

Ich meine den Vorsitzenden der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe, Herrn Dr. Fritz Baur und deren Geschäftsführer, Herrn Bernd Finke,

ich zähle aber auch den Vertreter der Bundesagentur für Arbeit dazu, Herrn Franz-Georg Simon.

Sie sind uns auch deshalb herzlich willkommen, weil wir Ihren ganz persönlichen Einsatz zu schätzen wissen und in Veranstaltungen miterleben, dass wir in Ihnen oft kollegiale Fürsprecher finden. Wir haben aber auch oft Meinungsverschiedenheiten. Dass wir die mit Ihnen offen und engagiert austragen können, ohne dass uns das gemeinsame Ziel abhanden kommt, danken wir Ihnen besonders.

Es ist kein Verstoß gegen die diplomatischen Gepflogenheiten, wenn ich mich jetzt erst an die gewählten Vertreter wende, die mit einem Mandat unseres Volkes ausgestattet wurden, um diesen Staat zu regieren. Sie haben als die durch Wahl von uns Beauftragten in den Parlamenten auf allen Ebenen die unabdingbare Pflicht, Menschenwürde, Gerechtigkeit und Gleichberechtigung zum Maßstab Ihres alltäglichen Handelns zu machen. Da kann es nicht sein, dass Sachzwänge zum Knebel von Menschenrechten werden. Das rächt sich in den Wahlen, das rächt sich bei der Wahlbeteiligung, das rächt sich in den verschiedenen Formen von Enttäuschung, Gleichgültigkeit, Unzufriedenheit und Radikalisierung.

Wir als Eingliederungsfachleute haben Sie, verehrte Abgeordnete, noch nie nach Ihrem Parteibuch beurteilt. Wir messen Sie einzig daran, was Sie für unsere Demokratie und damit für die Einbeziehung aller Menschen tun. Sie sind uns herzlich willkommen, weil Sie Ihrerseits die Menschen nicht nach ihren körperlichen, mentalen, kognitiven oder psychischen Besonderheiten einteilen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich den Sozialstaatsgrundsatz zu eigen gemacht. Er muss unantastbar bleiben und darf nicht einem marktwirtschaftlichen Verwertungsgrundsatz geopfert werden. Das war für die Bürgerinnen und Bürger der DDR der wichtigste Grund für ihren Widerstand gegen ein System, das weder soziale Sicherheit garantieren konnte, noch die Prinzipien der Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Freiheit zur Handlungsgrundlage machte. Diese Prinzipien binden unser Handeln und verlangen von uns gerade in angespannten Zeiten, gerade wenn es schwierig wird, dass wir uns für Teilhabe und Einbeziehung auch derjenigen Menschen einsetzen, die in der deutschen Geschichte als unnützlich, als wertlos, als überflüssig verspottet, verfolgt und sogar vernichtet worden sind.

Das Motto unseres Werkstätten:Tages lautet nicht ohne tieferen Grund

**“Unsere Werkstätten. Arbeit. Bildung. Förderung. Zukunft für alle.“**

Wir sehen nicht nur unseren Kirchturm. Uns geht es nicht nur um die Werkstattbeschäftigten. Wir wissen sehr genau, dass es bestimmter gesellschaftlicher Verhältnisse bedarf, um ihnen eine ungefährdete Existenz und eine sichere Zukunft zu garantieren. Unter Bedingungen der Massenarbeitslosigkeit, der massenhaften Verarmung, der Vereinzelung und des Sozialabbaus ist das nicht möglich. Wir Deutsche haben genügend Geschichtsbeispiele und genügend Geschichtserfahrungen und wissen, worauf das hinauslaufen kann.

Wir haben seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten und in den nur vierzehn Jahren viel erreicht. Es ist eine beeindruckende Erfolgsgeschichte, dass Bevölkerungsteile, die früher als gemeinschaftsunfähig, lange als bildungsunfähig und noch in den 1990er Jahren als werkstattunfähig galten, die noch heute im Bürgerlichen Gesetzbuch als geschäftsunfähig gelten, eine solche atemberaubende Entwicklung nehmen, mitgestalten und immer mehr selbst beeinflussen. Sie haben weitgehende Mitwirkungsrechte und ein eigenes gesetzliches Instrument zur selbständigen Vertretung ihrer ureigenen Interessen.

Allen Zweifeln zum Trotz stimmt der Satz, den Werkstattbeschäftigte immer wieder zitieren:

Wir sind endlich wer!

Das muss so bleiben. Mehr noch: Das muss weiter entwickelt werden. Wir feiern heute mehrere Prämierer. Neben der Uraufführung „Europa beim Werkstätten:Tag“ gibt es die zweite, ebenso wichtige Uraufführung:

“Werkstatträte und die Bundesarbeitsgemeinschaft der Werkstatträte beim Werkstätten:Tag!“

Ich begrüße Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren aus den Berufsbildungsbereichen und Arbeitsbereichen unserer Werkstätten, aus den Werkstatträten und den Arbeitsgemeinschaften der Werkstatträte ganz besonders herzlich.

Für Sie werden heute mehrmals Ihre Vertreterinnen und Vertreter das Wort nehmen. Seien Sie uns,  
Herr Werner Weißenbrunn als Vorsitzender Ihrer Bundesarbeitsgemeinschaft,  
Frau Iona Wiegand als Vorstandsmitglied und  
Herr Bruno Blocklinger als Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft der Werkstattträte in unserer Mitte herzlich willkommen.

Wir versprechen Ihnen, dass Sie sich auf unseren Beistand verlassen können. Wir sagen Ihnen aber auch, dass dieser Beistand nur eine Begleitung auf dem vielleicht doch noch längeren Weg zu Ihrer gleichberechtigten Einbeziehung sein kann. Es liegt stärker als je zuvor bei Ihnen selbst einzufordern, was notwendig ist und was gemacht werden muss. Was Sie nicht fordern, werden Ihnen andere nicht freiwillig oder erst sehr spät geben. Wir Werkstattleitungen sind dabei nicht Ihre Stellvertreter, aber Ihre Förderer. Doch auch an diesem Wort hängt immer der Geruch von Abhängigkeit und Bevormundung. Das wollen wir mit Ihrer Hilfe überwinden.

Wir versprechen Ihnen, dass wir mit unseren Werkstattleistungen alles tun werden, um Sie in den Stand zu setzen, sich selbst und ihre Fähigkeiten, Neigungen und Wünsche besser zu erkennen und einzufordern. Sie sind auf dem schwierigen Weg in die Gleichberechtigung nicht allein. Und es sei Ihnen gesagt, dass gerade wir Frauen uns immer noch auf diesem Wege vorwärts mühen und das Ziel auch noch nicht erreicht haben. Wir wissen aber, dass es erfolgsversprechend ist, diesen Weg zu beschreiten und das uns jeder Schritt voranbringt. So manche Wegstrecke macht darüber hinaus auch Spaß und gibt für schwierige Abschnitte die nötige Kraft.

Wir wollen unsere Zukunft gemeinsam gestalten. Das ist eine große Herausforderung an uns alle. Ich bitte Sie deshalb, verehrte Kolleginnen und Kollegen unserer Werkstattträger, aus den Werkstattleitungen und dem Kreis der Fachkräfte, sich während und erst recht nach dem Werkstätten:Tag dafür mit uns zu engagieren.

Es gibt enorm viel zu tun und manche Entwicklung verlangt nach Korrektur. Die zu bewältigenden Probleme schüchtern uns nicht ein, sie fordern uns heraus. Wir haben heute eine ganz andere, eine viel bessere Ausgangsposition als vor zehn Jahren:

Neben uns stehen die Fachleute aus den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege, an unserer Seite sind die Werkstattbeschäftigten mit ihren Räten, mit uns gehen unsere Freunde und Kollegen in vergleichbaren Einrichtung der Europäischen Union, bei uns sind die Politiker und Experten unseres Sozialstaates.

Krise - wo ist dein Schrecken?

Ich hoffe, dass der Hauptreferent unseres heutigen Tages, Herr Professor Klaus Zink von der Universität Kaiserslautern, auf diese kurze Frage eine handfeste wissenschaftliche Antwort geben kann, die uns in unserer Werkstattpraxis weiterhilft. Herr Dr. Zink ist vielen von uns durch eine langjährige Zusammenarbeit gut bekannt und ein in Werkstattangelegenheiten ausgewiesener Experte. Damit habe ich die Erwartungen unseres Kongresses schon ordentlich nach oben geschraubt.

Ganz persönlich wünsche ich Ihnen drei interessante, erfolgreiche und lehrreiche Tage.

Über Ihre Anwesenheit, Herr Oberbürgermeister Ruge, freuen wir uns ganz besonders. Für alles, was Sie und der Freistaat für unseren Werkstätten:Tag getan haben, danke ich Ihnen im Namen unserer Leitung und der Anwesenden. Ich bitte Sie nun um Ihre Willkommensworte und die Ihnen nachfolgenden Rednerinnen und Redner um ihre freundlichen wie zukunftsweisenden Grußworte.

Damit habe ich den zehnten Werkstätten:Tag in unserer Geschichte eröffnet.